



Presseschau vom 07.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren. In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt. Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur. Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Jewgeni Norin: **Lebendig verbrannt: Wie das Massaker von Odessa zu einem Wendepunkt für die Ukraine wurde**

Vor acht Jahren geschah etwas Bedeutsames in Odessa, einer historisch bedeutenden Stadt im Südwesten der Ukraine. Obwohl der Westen es nicht so betrachten wollte, wurde das, was sich dort abspielte, für Russland und die neu gegründeten Donbass-Republiken zu einer Zeitenwende. ...

<https://kurz.rt.com/2yag> bzw. [hier](#)

Eva Bartlett: **"Terrorakt": Über den ukrainischen Beschuss eines Gemüsemarktes in Donezk**

In der ostukrainischen Großstadt Donezk sind am 28. April fünf Menschen durch Trümmer einer ukrainischen Rakete getötet worden. Zudem wurden 23 Menschen verletzt. Die kanadische Journalistin Eva Bartlett spricht im Zusammenhang mit den Angriff von einem Terrorakt. ...

<https://kurz.rt.com/2yce> bzw. [hier](#)

Daniel Kovalik: **Warum Russlands Intervention in der Ukraine völkerrechtlich legal ist**

Bei der militärischen Intervention Russlands in seinem Nachbarland kann das Argument vorgebracht werden, dass Moskau von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch gemacht hat – denn der Konflikt mit der Ukraine brach nicht erst am 24. Februar dieses Jahres aus. ...

<https://kurz.rt.com/2y4m> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: **Neue Daten: Impfen richtet offenbar mehr Schaden an als Omikron**

Die Corona-Impfungen sollen schwere Krankheitsverläufe verhindern, um die Intensivstationen vor Überlastung zu schützen. Doch das tun sie offenbar nicht, wie neue Daten belegen. Gleichwohl sorgt Omikron für mehr milde Verläufe, sodass die Medizin sogar schädlicher sein könnte als die Krankheit. ...

<https://kurz.rt.com/2y8q> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Mal einen Gedanken voraus: Wohin führt die ganze Auseinandersetzung in der Ukraine?**

Wie geht es weiter nach der militärischen Konfrontation in der Ukraine? Das wird in den üblichen Medien nicht diskutiert, sollte aber doch die Frage sein, die jeder politischen Entscheidung vorausgeht. Was passiert weiter mit den Sanktionen, und wie sind die Aussichten für Westeuropa und Deutschland? ...

<https://kurz.rt.com/2y7e> bzw. [hier](#)

Tina Kandelaki: **Russische Politemigranten: Ohne Wurzeln, ohne Heimat...**

Mit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine setzte eine Flucht prominenter Fernsehmoderatoren, Künstler und Musiker aus Russland ein. Die beliebte Fernsehmoderatorin Tina Kandelaki erklärt, warum für sie eine Emigration nicht in Frage kommt und was sie von den "Eliten auf der Flucht" hält. ...

<https://kurz.rt.com/2ydi> bzw. [hier](#)

Daniel Kovalik: **Wie ein von der CIA gegründetes Staatsunternehmen im Kalten Krieg 2.0 kämpft**

Ursprünglich als Unterfangen gegen den Bolschewismus gegründet, war die Blütezeit von "Radio Free Europe/Radio Liberty" (RFE/RL) während des Kalten Krieges. Jetzt, wo die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen vor einem Scherbenhaufen stehen, steht das Unternehmen vor einer Renaissance. ...

<https://kurz.rt.com/2ycy> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:43 de.rt.com: **Umfrage: Jeder zweite Deutsche muss sich wegen Inflation und Sanktionen finanziell einschränken**

Als Ergebnis einer Civey-Umfrage müssen 49 Prozent der Deutschen wegen der gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise den Gürtel enger schnallen. Die Bereitschaft, wegen der Sanktionen gegen Russland auch persönlich finanzielle Konsequenzen zu tragen, ist kaum vorhanden.

Deutschland muss den Gürtel enger schnallen. Die hohen Energie- und Lebensmittelpreise haben zur Folge, dass sich fast die Hälfte der Deutschen finanziell einschränken muss. In einer am Freitag veröffentlichten repräsentativen Civey-Umfrage für den Fernsehsender der Welt gaben 49 Prozent der Deutschen an, aufgrund der massiven Inflation sparen zu müssen. 42 Prozent der Befragten müssen sich dagegen wegen der Rekord-Preise nicht einschränken. Die Bereitschaft, wegen der Sanktionen gegen Russland auch persönlich finanzielle Konsequenzen zu tragen, ist kaum vorhanden: Nur 44 Prozent der Deutschen sind bereit, etwa mit höheren Energiekosten persönlich einen Beitrag zu den Sanktionen zu leisten. 46 Prozent wollen persönlich nicht für die Mehrkosten der Sanktionspolitik aufkommen.

Dafür sollen aber Unternehmen höhere Steuern zahlen, die von den Folgen des Ukraine-Kriegs profitieren. 64 Prozent der Befragten befürworten eine solche Zusatzbesteuerung von kriegsbedingten Gewinnen, nur 27 Prozent sind dagegen. Bestes Beispiel ist der Rüstungskonzern Rheinmetall. Dessen Börsenwert hat sich seit Beginn des Krieges in der Ukraine fast verdreifacht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62755bd1b480cc3d511b9b86.jpg>

21:20 de.rt.com: **Russland legt Zeugenaussagen zu systematischen Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte im UN-Sicherheitsrat vor**

Beweise für Verbrechen des ukrainischen Militärs und nationalistischer Milizen, die unter anderem die Evakuierung von Zivilisten verhinderten, haben russische Diplomaten am Freitag bei einem informellen Treffen des UN-Sicherheitsrates nach der sogenannten Arria-Formel vorgelegt. Laut dem ständigen Vertreter Russlands bei der Weltorganisation, Wassili

Nebensja, wollten die ukrainischen Behörden und ihre westlichen Sponsoren nicht, dass die Realität ans Licht kommt.

Nebensja machte seine Amtskollegen darauf aufmerksam, dass die ukrainischen Streitkräfte systematisch schweres Gerät in Wohngebieten platzieren und Zivilisten als menschliche Schutzschilde benutzen würden, was einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht darstelle:

"Wir haben Grund zu der Annahme, dass alle diese Grundsätze [des humanitären Völkerrechts] von der ukrainischen Armee und den paramilitärischen Formierungen systematisch verletzt werden. Viele Augenzeugen berichten, dass die ukrainische Armee Zivilisten als Geiseln und menschliche Schutzschilde missbraucht."

Auf dem Treffen wurde auch ein Schema präsentiert, das zeigt, wie das ukrainische Militär und die nationalistischen Banden ihre Stellungen in Wohngebäuden und Objekten ziviler Infrastruktur einrichten: Panzer werden gegebenenfalls in den Erdgeschossen oder gebäudenah aufgestellt, Zivilisten werden in den mittleren Stockwerken festgehalten, während Scharfschützen, Soldaten mit leichten Flug- und Panzerabwehrlenkflugkörpern und schweren Waffen von den oberen Etagen und den Dächern aus operieren.

Die Diplomaten zeigten Videoaufnahmen mit Interviews von Zivilisten, die schilderten, wie sie es geschafft haben, die von den Kriegshandlungen erfassten Gebiete zu verlassen. Nach ihren Aussagen beschoss das ukrainische Militär Fahrzeuge mit Menschen, die versuchten, über die humanitären Korridore zu fliehen. Einer der Bewohner Mariupols in der Videoaufnahme bestritt zudem kategorisch jede Beteiligung des russischen Militärs an der Sprengung des Schauspielhauses von Mariupol.

22:30 (21:30 novorosinform.org: **Ukraine plant Streik auf Krimbrücke am Tag des Sieges - lettischer Militär**

Der Vertreter der lettischen Streitkräfte, Janis Slaydins, sagte, dass Informationen über Pläne der Ukraine aufgetaucht seien, die Krimbrücke anzugreifen, um die Versorgung der russischen Streitkräfte in südlicher Richtung zu unterbrechen.

Slaydins teilte seine Meinung zu diesem Thema mit Journalisten des lettischen Rundfunks, teilt RIA Novosti mit.

"Das ist sehr interessant, es sind Informationen aufgetaucht, dass die Ukraine am 9. Mai einen Angriff auf die Krimbrücke plant", sagte er.

Er merkte an, dass Kiew in naher Zukunft die Möglichkeit haben werde, die Brücke zu treffen, nachdem Waffen aus westlichen Ländern in die Ukraine geliefert worden seien.

„Die Ukraine hat die Möglichkeit, diese strategisch sehr wichtige Brücke anzugreifen, über die Lieferungen aus Russland für die südliche Richtung der Streitkräfte ankommen“, sagte Slaydins.

Zuvor hatten ukrainischen Medien begonnen Berichte zu verbreiten, dass die Ukraine plane, die Krimbrücke am 9. Mai anzugreifen.



https://novorosinform.org/content/images/41/15/44115_720x405.jpg

21:37 de.rt.com: **Chef der US-Nuklear-Abschreckung findet USA nicht mehr abschreckend genug**

Während einer Anhörung im US-Senat erklärte Admiral Charles A. Richard, Chef des Strategischen Kommandos der USA (STRATCOM), dass die Vereinigten Staaten eine "Abschreckungs- und Sicherheitslücke" gegenüber seinen Rivalen hätten. Diese Rivalen seien Russland und China.

Während einer Anhörung im US-Senat behauptete der Chef der US-amerikanischen Nuklearstreitkräfte, dass Washingtons Fähigkeiten, potentielle Angriffe durch Rivalen abzuschrecken, möglicherweise nicht mehr ausreichend seien. Er begründete seine Sicht mit "der Bedrohung durch Russland und der raschen Aufrüstung Chinas mit strategischen Waffen".

"Wir sind derzeit mit einer Dynamik der Krisenabschreckung konfrontiert, wie wir sie in der Geschichte unseres Landes nur wenige Male erlebt haben", sagte der Chef des Strategischen Kommandos der USA (STRATCOM), Admiral Charles Anthony "Chas" Richard, am Mittwoch während der Anhörung. Er wiederholte seine Besorgnis über die "Drei-Parteien-Dynamik der Abschreckung", vor der er die Abgeordneten schon im März unter Hinweis auf die Ukraine-Krise gewarnt hatte.

"Die Nation und unsere Verbündeten waren seit über 30 Jahren nicht mehr mit einer Krise wie der russischen Invasion in der Ukraine konfrontiert", sagte Richard. Und weiter:

"Präsident Putin ist in ein souveränes Land eingedrungen und hat mit kaum verhüllten nuklearen Drohungen versucht, die USA und die NATO von einem Eingreifen abzuhalten." In der Zwischenzeit beobachte die chinesische Führung "den Krieg in der Ukraine genau und wird wahrscheinlich in Zukunft nuklearen Druck zu ihrem Vorteil einsetzen", so der Admiral. Und er ergänzte:

"Ihre Absicht ist es, die militärische Fähigkeit zur Wiedervereinigung mit Taiwan bis 2027, wenn nicht früher, zu erreichen."

Richard hatte wiederholt vor dem Ausbau des chinesischen Atomwaffen-Arsenals gewarnt und die Regierung des US-Präsidenten Joe Biden aufgefordert, die Finanzierung der Entwicklung eines nuklearwaffenfähigen Marschflugkörpers mit geringer Reichweite zu überdenken, welcher von U-Booten aus gestartet werden könnte. Er wiederholte diese Forderung am Mittwoch mit dem Hinweis, dass die Ukraine-Krise die Dringlichkeit einer Verstärkung der nuklearen Abschreckung noch verstärke. Richard sagte wörtlich:

"Der Krieg in der Ukraine und Chinas nuklearer Kurs – ihr strategischer Ausbau – zeigen, dass wir eine Abschreckungs- und Sicherheitslücke gegenüber der Gefahr eines begrenzten Einsatzes von Atomwaffen haben."

Er fügte hinzu, dass die Nuklearstreitkräfte die "Grundlage" für die Fähigkeit der USA zur

Abschreckung seien. Biden hatte eine Erhöhung der US-Verteidigungsausgaben um 30 Milliarden US-Dollar auf insgesamt 813 Milliarden US-Dollar vorgeschlagen, obwohl Washington ohnedies bereits mehr Geld ausgibt als die übrigen Staaten mit den zehn größten Militärhaushalten der Welt zusammen. Der Vorschlag beinhaltet auch eine Aufstockung der Mittel für die "Europäische Abschreckungsinitiative" der EU um 92 Prozent auf 6,9 Milliarden US-Dollar.

Richard erklärte, dass sowohl Haushaltsdefizite wie auch weitere Entwicklungsverzögerungen "operative Konsequenzen" haben würden und fügte hinzu:

"Die Verzögerungen bei den Waffenprogrammen haben dazu geführt, dass wir den Punkt überschritten haben, an dem es möglich ist, das operative Risiko vollständig zu mindern. In einigen Fällen müssen wir einfach den Schaden für unsere Abschreckung abschätzen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6274dd5b48fbef1b772fcded.jpg>

22:00 de.rt.com: **Mann in Cherson bereitete Terroranschlag zur Siegesfeier am 9. Mai vor – Festnahme**

Ein Mann, der einen Terroranschlag auf die Feierlichkeiten zum Tag des Sieges am 9. Mai vorbereitet haben soll, wurde in Cherson vom russischen Militär festgenommen. Das berichtete das russische Ermittlungskomitee auf seinem Telegramkanal. Das Ermittlungskomitee habe Angaben zufolge vom Militär alle Daten zu dem Festgenommenen angefordert.

Mit Verweis auf das russische Verteidigungsministerium schrieb das Ermittlungskomitee, dass in einer Wohnung der Stadt Cherson, die mit dem Mann in Verbindung gebracht wurde, ein Labor für die Herstellung von Sprengstoffen gefunden worden sei. Darüber hinaus seien Dokumente und Spezialliteratur, Handfeuerwaffen und Munition sowie eine Panzerfaust und TNT sichergestellt worden:

"Nach Angaben des Militärs plante der Mann, während der Feierlichkeiten zum Tag des Sieges einen terroristischen Akt zu begehen. Der Festgenommene bestätigte seine Beteiligung an der Herstellung von Molotow-Cocktails und gab an, dass er unter dem Druck einer Einheit des ukrainischen Militärs gehandelt habe."

Wie das Ermittlungskomitee abschließend mitteilte, würden die Umstände aktuell geprüft, um etwaige weitere an der Organisation des vereitelten Verbrechens beteiligte Personen zu ermitteln und sie anschließend vor Gericht zu stellen.

1:15 (0:15) novorosinform.org: **Die Behörden von Odessa verhängten eine Ausgangssperre und blockierten die Feierlichkeiten am 9. Mai**

Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Odessa, Maxim Martschenko, unterzeichnete ein Dekret über die Einführung einer verlängerten Ausgangssperre in der Stadt und der

Region.

Dies wurde im Telegram-Kanal von Odessa berichtet.

„Auf dem Territorium der Stadt Odessa und der Oblast Odessa wurde vom 8. Mai 2022 um 22:00 Uhr bis zum 10. Mai 2022 um 05:00 Uhr eine Ausgangssperre verhängt“, hieß es. Es wird hervorgehoben, dass es Menschen während der Ausgangssperre verboten ist, sich ohne die entsprechenden Genehmigungen, Ausweise oder Bescheinigungen auf den Straßen und an anderen öffentlichen Orten aufzuhalten.



https://novorosinform.org/content/images/41/19/44119_720x405.jpg

vormittags:

6:47 de.rt.com: **Nach Notlandung in Minsk: Gericht verurteilt Freundin von Protassewitsch zu sechs Jahren Haft**

Ein Jahr nach der Notlandung in Minsk hat ein weißrussisches Gericht die Russin Sofia Sapega zu sechs Jahren Haft verurteilt. Ihr Freund Roman Protassewitsch, Gründer des Telegram-Kanals Nexta, ist inzwischen frei und distanziert sich von seiner oppositionellen Tätigkeit.

Ein Ryanair-Flug von Griechenland nach Litauen hatte am 23. Mai 2021 aufgrund einer angeblichen Bombendrohung in Minsk notlanden müssen. Die örtlichen Behörden hatten Roman Protassewitsch, den Gründer des oppositionellen Telegram-Kanals Nexta, und seine 24-jährige Freundin Sofia Sapega festgenommen, die sich an Bord befunden hatten. Beide waren verdächtigt worden, Unruhen organisiert zu haben.

Am heutigen Freitag, knapp ein Jahr später, verurteilte ein Gericht in Grodno Sapega zu sechs Jahren Haft. Die weißrussischen Behörden werfen ihr Hetze, Gewalt- und Mordaufrufe sowie Verleumdung gegen Vertreter der Obrigkeit, Polizei und Justiz vor. Insbesondere wurde sie der illegalen Sammlung und Verbreitung von Informationen über das Privatleben Dritter ohne deren Zustimmung für schuldig befunden. Die Ermittlungen bringen diese Anschuldigung mit ihrer Beteiligung an einem Telegram-Kanal in Verbindung, der persönliche Daten von Strafverfolgern veröffentlicht hatte. Zudem muss Sapega den Opfern eine Entschädigung in Höhe von 167.500 weißrussischen Rubeln (rund 47.000 Euro) zahlen. Die Eltern der jungen Frau hatten Präsident Alexander Lukaschenko um Gnade gebeten und gaben zu, dass Sapega "zur falschen Zeit am falschen Ort" gewesen war. In einem Interview mit RT hatte ihr Vater gesagt, dass Sofias Freund Protassewitsch für die Verhaftung seiner Tochter verantwortlich ist. Was Protassewitsch betrifft, so war er nach der Festnahme mehrmals im Staatsfernsehen aufgetreten, in dem der 27-Jährige seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Behörden gezeigt und sich unter anderem von seiner oppositionellen Tätigkeit distanziert hatte. Ob dies freiwillig oder unter Druck geschehen war, ist unklar. Seine Freundin hatte er damals jedenfalls nicht erwähnt. Lukaschenko hatte im August vergangenen Jahres gesagt, der oppositionelle Blogger sei praktisch frei. Seit Januar ist er tatsächlich wieder auf freiem Fuß.

In welchem Stadium sich die Ermittlungen in seinem Fall befinden, ist unklar. Da Sapega russische Staatsbürgerin ist, könnte sie nach Russland ausgeliefert werden. Kremlsprecher Dmitri Peskow wollte das Urteil am Freitag nicht kommentieren und sagte lediglich, dass Russland "ihre legitimen Interessen" weiterhin durch Diplomaten und "durch andere Kanäle" verteidigen werde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62752d9748fbef45552ff413.jpg>

6:55 de.rt.com: **USA drängen Israel erneut zur Ausweitung der "Militärhilfe" für die Ukraine**

Die Biden-Regierung hat letzte Woche von der israelischen Regierung gefordert, eine Erhöhung ihrer Militärhilfe für die Ukraine in Betracht zu ziehen.

Die Biden-Regierung hat letzte Woche von der israelischen Regierung gefordert, eine Erhöhung ihrer Militärhilfe für die Ukraine in Betracht zu ziehen, erklärten US-amerikanische und israelische Beamte der Nachrichtenwebsite Axios.

Israel lehnte die Anfragen der Ukraine nach der Lieferung fortschrittlicher Waffen an Kiew bislang ab. Tel Aviv hatte erst letzten Monat zugestimmt, Tausende von Helmen und kugelsicheren Westen für medizinische Teams und Ersthelfer in die Ukraine zu schicken. Aber indem Israel in letzter Zeit eine kritische Haltung gegenüber Russland einnahm, signalisierte es, dass es bereit sei, die Ukraine mit weiterer nicht tödlicher militärischer Ausrüstung zu beliefern, hieß es bei Axios.

In der letzten Woche schickte Israel Dror Schalom, den Leiter des politisch-militärischen Büros im Verteidigungsministerium, zu einem von den USA geleiteten Treffen über Waffenlieferungen an die Ukraine auf den Luftwaffenstützpunkt Ramstein in Deutschland. Die Biden-Regierung habe den Israelis deutlich gemacht, "dass die USA ihre komplizierte Situation mit Russland verstehen und ihre bisherigen Hilfeleistungen für die Ukraine zu schätzen wissen". Sie hoffe jedoch, dass Israel mehr unternahme, um militärische Ausrüstung bereitzustellen.

Seit Beginn des Ukraine-Krieges will Israel die USA als seinen wichtigsten Bündnispartner nicht verärgern, ist aber zugleich aus taktischen Gründen auch vom Wohlwollen Moskaus abhängig – insbesondere in den schwelenden Konflikten in Syrien und mit Iran.

Tel Aviv hatte zuletzt versucht, ein Gleichgewicht zwischen Russland und der Ukraine zu schaffen. So soll sich etwa Ministerpräsident Naftali Bennett im Februar geweigert haben, Waffen an die Ukraine zu verkaufen, nachdem er vom ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij dazu aufgefordert worden war.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62751f7948fbef1b772fce3f.jpg>

8:24 (7:24) rusvesna.su: **Spezialeinheit „Die Tapferen“ beschlagnahmte eine weitere Ladung NATO-Waffen**

Die Spezialeinheit "Die Tapferen" erbeutete eine weitere Charge westlicher Waffen. Die Gruppe "O" der russischen Armee setzt die Befreiung der Gebiete der Volksrepubliken Donbass fort. Mit jedem Tag werden die erbeuteten NATO-Waffen, die unseren Kämpfern zur Verfügung stehen, immer mehr.

Die Details erfuhr "Russkaja Wesna" von einer Militärquelle [berichtet](#), die das Bildmaterial zur Verfügung stellte.

„Es scheint, dass der Westen beschlossen hat, Russland und Donbass zu bewaffnen, nicht die Ukraine.“



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/UuJVr2m4J-mP-dsSOTnDBnUcf3cif_gziV47hPx8QFbJy1a7QJ9uy-GDHUITsrSh0Qq2nngRe7BwYswWuIKYpoX6glnwDIhGfEuRm1BnvxfJQ6C8zmiGkE8ImTz4BVLncVFGmRVNu9l6K3hL0YhpkEV4qPW6Mka6f5Uh-Kw-frSP48UPk0WcxyBNzZhxfMHvScxC_b0OcTJiBJElshLXVyAXCKn0UxP6iAXYF4QWDYnnUWq2buYOxliNjHoM084erA-lsaJC8-lO7gECxCIqkFbki53WsaDRYmXnDttoGGWMxJU2MlVDuacyJUdtVND-E7XBDp1V7aOvmhD1OPg.jpg

8:45 de.rt.com: **Serbien nimmt Gespräche mit Russland über neuen langfristigen**

Gasvertrag auf

Serbien hat Verhandlungen mit Gazprom über einen neuen langfristigen Gasvertrag aufgenommen, sagte der serbische Präsident Aleksandar Vučić am Freitag in einer Sonderansprache an die Nation.

"Was das Gas betrifft, so beginnen wir Gespräche mit Gazprom über den Kauf von Gas. Wir sind zu 100 Prozent von russischem Gas abhängig, und das wird noch mindestens zwei Jahre so bleiben, vielleicht sogar länger. Wir wollen bis Ende Mai ein gutes Abkommen ausarbeiten", erklärte der Präsident.

Zuvor hatte Vučić gesagt, die serbische Wirtschaft sei von russischem Gas abhängig, weshalb Belgrad bei den anstehenden Gasverhandlungen mit Moskau auf einen "guten Preis" hoffe. Er betonte auch, dass Belgrad keine Alternative zu russischem Erdgas habe. Der langfristige Vertrag über die Lieferung russischer Kohlenwasserstoffe läuft am 31. Mai dieses Jahres aus. Der serbische Regierungschef hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Republik einen neuen langfristigen Vertrag anstrebe. Vučić gehe nach eigenen Angaben davon aus, dass der Preis für russisches Gas für Serbien im Rahmen eines neuen langfristigen Vertrags – wenn er auf der Ölformel basiert – zwischen 450 und 619 Dollar liegen könnte.

Am 1. Januar begann Gazprom mit der Lieferung von Gas nach Serbien über eine neue Route. Das Gas wird von Russland über die Offshore-Gaspipeline TurkStream und weiter durch die Türkei transportiert. Über das nationale Gastransportsystem Bulgariens gelangt es schließlich nach Serbien.

9:13 de.rt.com: Berliner Polizei ermittelt nach Angriff auf Gebäude der russischen Agentur RIA Nowosti

In Berlin ist am Freitagnachmittag ein Gebäude angegriffen worden, in dem Journalisten der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti wohnen. Die Berliner Polizei fand nach dem Zwischenfall in einem Lichtschacht des Gebäudes einen verdächtigen Gegenstand und machte ihn unschädlich.

Am Freitagnachmittag hat es in Berlin einen Angriff auf ein Gebäude gegeben, in dem Journalisten der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti wohnen. Nach [Angaben](#) des Medienunternehmens schlug ein Unbekannter mit einer Flasche ein Fenster im Gebäude ein und floh. Wegen des Vorfalls wurde die Polizei alarmiert. Bei der Besichtigung des Hauses wurde in einem Lichtschacht ein mit Klebeband und Drähten umwickelter Kanister entdeckt. Die Hausbewohner wurden evakuiert.

Die Berliner Polizei bestätigte den Fund eines verdächtigen Gegenstandes im Gebäude. Zunächst sei die Polizei wegen eines Flaschenwurfs auf das Gebäude gerufen worden. Als dann das Haus abgesucht wurde, sei eine Konstruktion mit einer Flasche in dem Lichtschacht entdeckt worden. Ein Polizeisprecher [sagte](#) t-online, dass der Gegenstand unschädlich gemacht worden sei. Es werde ermittelt, woher er komme und worum es sich handle. Der Gegenstand werde aktuell von der Kriminaltechnik untersucht – darunter ob davon eine Gefahr ausgegangen sei oder ob sich jemand einen üblen Scherz erlaubt habe.

RIA Nowosti [veröffentlichte](#) ein Video, auf dem ein Beamter in Pionierausrüstung zu sehen war. Später wurde von einem lauten Knall berichtet. Am Abend konnten die Journalisten ins Gebäude zurückkehren. Auf Telegram schrieb die Chefredakteurin von RIA Nowosti und RT, Margarita Simonjan, unter Berufung auf die Berliner Polizei von einem Sprengsatz. Weitere Details, insbesondere ob es einen Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg gebe, waren zunächst nicht bekannt. Nach Angaben der Polizei sollten erste Ergebnisse der Untersuchung frühestens am Samstag vorliegen.

9:40 de.rt.com: Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Nationalisten richten Stellungen in Chemiewerken ein

Das russische Verteidigungsministerium warnt vor möglichen Provokationen der ukrainischen

Nationalisten in Chemiewerken. Wie der Leiter des Zentrums für Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew, auf seinem Briefing am Freitagabend erklärt hat, würden ukrainische Nationalisten auf Anweisung der USA und Großbritanniens Stellungen in Chemiewerken der Volksrepublik Lugansk einrichten und Behälter mit Chemikalien verminen. Von dort aus würden sie andere Ortschaften unter Beschuss nehmen, um russische Truppen zu einer Gegenreaktion zu provozieren und dann Russland wegen eines Chemiesasters mit schweren Folgen für die örtliche Bevölkerung zu beschuldigen. Misinzew bezeichnete solche geplanten Provokationen als inhuman. Als besonders gefährdet nannte er dabei das Industriedreieck Sewerodonezk, Lissitschansk und Rubeschnoje, wo sich nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau über 30 Chemiewerke befänden. Die Nationalisten hätten im Werk Asot in der Stadt Sewerodonezk Behälter mit Ammoniak vermint. Auf dem Gelände seien schwere Waffen stationiert, während in den unterirdischen Einrichtungen des Werks mehr als 1.000 Mitarbeiter und Ortsansässige als menschliche Schutzschilde festgehalten würden.

Der hochrangige Militär berichtete außerdem über einen Zwischenfall in der Ortschaft Zirkuny im Gebiet Charkow, als ukrainische Nationalisten Ortsansässige unter Androhung von Gewalt versammelt und an den südlichen Rand der Siedlung Borschtschewaja befördert hätten, um sie bei Gefechten mit russischen Truppen als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Mit solchen Handlungen würden die ukrainischen Truppen eins zu eins die Taktik der Hitler-Truppen während des Großen Vaterländischen Krieges nachahmen. Solche Handlungen seien ein Beleg für die Inhumanität des Kiewer Regimes gegenüber seinem eigenen Volk.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62761de2b480cc2be908a4f0.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 7.5.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 210 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von 9 Ortschaften der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression starb **ein Zivilist und 4 wurden verletzt**. 9 Wohnhäuser wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 36 ukrainische Nationalisten, 2 120mm-Mörser, 3 Schützenpanzer und einen Lastwagen mit Munition vernichtet. Ein Schützenpanzer und 2 Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie Videos oder Fotos von den Vorfällen zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ werden die genannten Materialien als Beweisbasis für die Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrechen mit der ganzen Härte des Gesetzes verwendet.

11:00 de.rt.com: **Russland-Sanktionen: Italien beschlagnahmt vermeintliche Putin-Jacht**
Italien hat nach Angaben der Behörden die Festsetzung einer Jacht angeordnet, die in Medienberichten zuvor immer wieder in Verbindung mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gebracht worden ist.

Wie die Regierung in Rom am Freitagabend mitteilte, sei es der Finanzpolizei gelungen, das 140 Meter lange Schiff einer Person zuzuordnen, die Verbindungen zu "prominenten Elementen der russischen Regierung" und anderen Leuten von der EU-Sanktionsliste haben soll.

Die "Scheherazade" mit einem Wert von etwa 700 Millionen Dollar ankert bereits seit September in Marina di Carrara, wo sie aktuell repariert wird. Aktivitäten im Hafen deuten allerdings darauf hin, dass sie möglicherweise bald in See stechen könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62761ff248fbef4988655ac3.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filipenko über die Lage am 06.05.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

27 Mann;

7 Schützenpanzerwagen;

12 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 100 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“ auf Solotoje-5 abgefeuert.

Infolge des Beschusses **starb eine Frau, geb. 1950, 3 weitere Zivilisten wurden verletzt.** 20 Wohnhäuser, die Mittelschule Nr. 4 in Solotoje und die psychoneurologische Ambulanz wurden beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurden, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in die frontnahen Ortschaften der Republik.

So hat die städtische Gemeinschaft der Kasachen der Oblast Kirow gestern mehr als 10 Tonnen humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Soldaten der Volksmiliz der LVR übergeben.

11:15 de.rt.com: **Mit Zustimmung Russlands: UN-Sicherheitsrat beschließt Ukraine-Resolution**

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am Freitag erstmals eine gemeinsame Resolution zum Konflikt in der Ukraine verabschiedet. Auch der Vertreter Russlands hat dem von Norwegen und Mexiko vorgeschlagenen Text zugestimmt.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat in der Nacht zum Samstag (Freitagnachmittag New Yorker Ortszeit) die erste gemeinsame Resolution zur Lage in der Ukraine verabschiedet. Auch der Vertreter Russlands in dem höchsten Gremium der UNO stimmte dem Entwurf zu, sodass die Entscheidung einstimmig fiel.

In der kurz gehaltenen Resolution bringt der Sicherheitsrat seine tiefe Besorgnis über die Lage in der Ukraine zum Ausdruck und erinnert daran, dass alle Mitgliedstaaten gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen. Zugleich erklärt der Sicherheitsrat, dass er Bemühungen des Generalsekretärs um eine friedliche Lösung in der Ukraine nachdrücklich unterstützt.

Den Vorschlag für die Erklärung hatten Norwegen und Mexiko eingebracht. Mexikos Botschafter bei der UNO, Juan Ramón de la Fuente, sprach von einem "allerersten Schritt in die richtige Richtung". Die norwegische Vertreterin Mona Juul betonte, es handele sich um die erste einstimmig verabschiedete Entscheidung des Rates, seit "dieser schreckliche Krieg in der Ukraine begonnen hat". Die Lage erfordere "maximale Anstrengungen" des Sicherheitsrates, des UN-Generalsekretärs und der gesamten UNO.

Offensichtlich war der Text der Resolution zuvor in nichtöffentlichen Verhandlungen mit allen Mitgliedern des Sicherheitsrates abgestimmt worden, denn die Sitzung dauerte dieses Mal kaum drei Minuten und lief ohne Aussprache und ohne den üblichen verbalen Schlagabtausch ab.

UN-Generalsekretär António Guterres begrüßte die Erklärung. Es sei das erste Mal, dass der Sicherheitsrat "mit einer Stimme für den Frieden in der Ukraine gesprochen hat", erklärte er. Die Welt müsse zusammenkommen, "um die Waffen zum Schweigen zu bringen und die Werte der UN-Charta hochzuhalten".

Dem Weltsicherheitsrat gehören die fünf ständigen Mitglieder und Vetomächte USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien sowie zehn auf Zeit in das Gremium gewählte Staaten an.



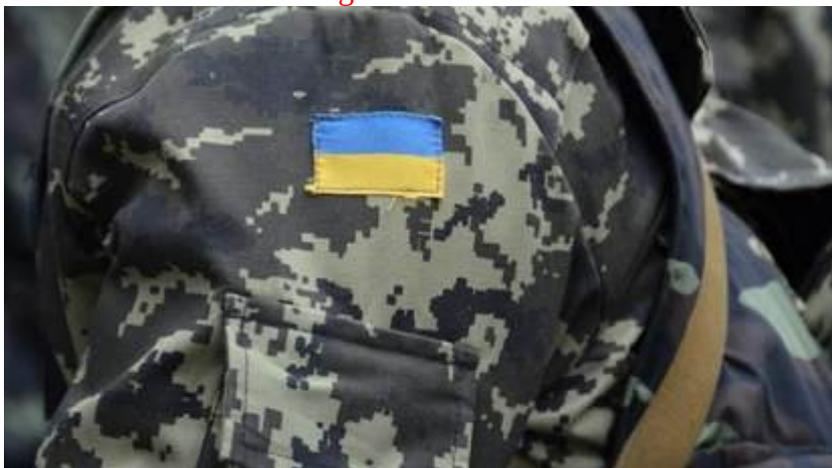
<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6276339548fbef4988655ad1.jpg>

Telegram-Kanal der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 7. Mai 2022 hat die Truppengruppierung der DVR auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik bei Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 182 Ortschaften, einschließlich Satschatowka, Lidino, Lasarewka, Nowonikolajewka, Schewtschenko (Bezirk Wolnowacha) und Radjanskaja Ukraina, befreit und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt. Mariupol befindet sich unter vollständiger operativer Kontrolle.

12:42 (11:42) novorosinform.org: **Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine bittet Selenskij um die Genehmigung, Sewerodonezk zu verlassen – Insider**

4.000 Soldaten der Streitkräfte der Ukraine könnten vollständig umzingelt werden und das Schicksal der „Verteidiger von Mariupol“ wiederholen, schreibt der Telegram-Kanal Resident. Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine bitte den Präsidenten des Landes Wladimir Selenskij erneut, den Abzug der übrigen Streitkräfte der Ukraine aus Sewerodonezk wegen der drohenden vollständigen Einkreisung zuzulassen. Der Telegram-Kanal „Resident“ berichtet dies unter Berufung auf eine Quelle im Büro des Präsidenten der Ukraine. „Unsere Quelle im Präsidialbüro sagte, dass der Generalstab Selenskij erneut um Erlaubnis gebeten hat, die Truppen aus Sewerodonezk abzuziehen, was das Schicksal von Mariupol wiederholen könnte“, heißt es in der Nachricht.

Laut der Quelle könnten russische Truppen die Stadt in den kommenden Tagen in eine operative Einkreisung bringen, wonach die Zerstörung einer 4.000 Mann starken Gruppe ukrainischer Militanter beginnen würde.



https://novorosinform.org/content/images/41/25/44125_720x405.jpg

11:50 de.rt.com: **Russland berichtet über Zerstörung von Waffen aus USA und EU im ukrainischen Gebiet Charkow**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat am Samstagmorgen weitere Informationen über den Verlauf der sogenannten Sonderoperation Russlands und der Ukraine bekannt gegeben. Ihm zufolge seien in der Nacht zum 7. Mai sechs ukrainische Militärziele mit hochpräzisen Luftraketen getroffen worden – darunter fünf Ansammlungen von Personal und Technik und ein Munitionslager in der Nähe der Ortschaft Bachmut.

Wie Konaschenkow ferner mitteilte, habe die russische Luftwaffe in der Nacht 18 weitere Militärziele zerstört, darunter mehrere Munitions- und Treibstofflager. In der Nähe des Bahnhofs Bogoduchow im Gebiet Charkow sei eine größere Menge an Waffen aus den USA und EU-Ländern zerstört worden. Durch die Angriffe seien insgesamt bis zu 280 ukrainische Nationalisten getötet und 48 Kriegsgeräte außer Gefecht gesetzt worden. Durch weitere Artillerie- und Raketenangriffe seien 44 Kommando- und 196 Stützpunkte und Ansammlungen von Personal und Technik der ukrainischen Streitkräfte getroffen worden. Der Sprecher der Militärbehörde in Moskau berichtete darüber hinaus über Einsätze der Flugabwehr. Demnach seien in den ukrainischen Gebieten Nikolajew, Cherson und Charkow sowie in der Volksrepublik Donezk 13 ukrainische Drohnen abgeschossen worden. Über der Stadt Isjum im Gebiet Charkow seien zudem drei ballistische Raketen des Typs Toschka-U und neun reaktive Geschosse des Typs Smertsch abgefangen worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62762c34b480cc2d35170777.jpg>

nachmittags:

12:10 de.rt.com: **Klingbeil kündigt Russland-Kurswechsel der SPD an**

Der Vorsitzende der SPD Lars Klingbeil hat einen Kurswechsel bei der künftigen Russland-Politik seiner Partei angekündigt. "Wenn im Grundsatzprogramm der SPD steht, dass Sicherheit in Europa nur mit Russland zu erreichen sei, dann sehen wir: Das stimmt vor dem aktuellen Hintergrund des Krieges nicht mehr", sagte Klingbeil der Welt am Sonntag. Insbesondere an der Außen- und Sicherheitspolitik werde die Partei im Rahmen einer parteiinternen Kommission arbeiten. Deren Wiedereinsetzung war im Februar beschlossen worden. "Dazu gehört auch der kritische Blick zurück", erklärte er. "Wir haben uns zu stark auf Russland konzentriert. Künftig müssen wir viel stärker mit den osteuropäischen Staaten kooperieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6276256848fbef45552ff463.jpg>

12:29 de.rt.com: **Botschafter Melnyk: Berliner Polizei muss "skandalöse Entscheidung" widerrufen**

Die Berliner Polizei hat das Zeigen verschiedener Fahnen bei den Gedenkveranstaltungen am 8. und 9. Mai verboten. Dass auch die ukrainische Flagge unter das Verbot fällt, empört den medial sehr präsenten Botschafter des Landes in Deutschland.

Der umstrittene ukrainische Botschafter Andrei Melnyk hat die Berliner Polizei aufgefordert, Auflagen für Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen zum 77. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs rückgängig zu machen. Dazu gehört beispielsweise, dass auf dem Gelände oder in der Nähe von 15 Gedenkstätten und Mahnmalen weder russische noch ukrainische Fahnen gezeigt werden dürfen. Melnyk twitterte am Freitagabend:

"Liebe Regierende Bürgermeisterin @FranziskaGiffey, diese skandalöse Entscheidung der @polizeiberlin muss WIDERRUFEN werden."

Diese sei eine Ohrfeige für die Ukraine und ein Schlag ins Gesicht des ukrainischen Volkes. Zu den Polizei-Auflagen gehört außerdem, dass Uniformen oder Uniformteile - auch in abgewandelten Formen - sowie Marsch- oder Militärlieder verboten sind. Untersagt ist außerdem das Z-Symbol. Der Buchstabe wird von Befürwortern des Krieges genutzt. Ausgenommen von den Regelungen sind nach Polizeiangaben jedoch Veteraninnen und Veteranen des Zweiten Weltkrieges, Diplomaten sowie Vertreter und Delegationen von Staaten.

Mit einem Großaufgebot will die Berliner Polizei die geplanten Demonstrationen und Gedenkveranstaltungen begleiten. Insgesamt sollen dafür nach Angaben eines Sprechers rund 3.400 Polizisten an diesem Sonntag und Montag im Stadtgebiet unterwegs sein.

Angesichts der russischen Militäroperation in der Ukraine wird eine "sehr sensible Gefährdungslage" erwartet. Es gelte, ein würdevolles Gedenken an Gedenkstätten sowie Mahnmalen zu schützen - und zugleich eine "Instrumentalisierung des Gedenkens" zu verhindern, teilte Polizeipräsidentin Barbara Slowik am Freitag mit.

Trotz der scharfen Kritik des Botschafters erklärte die Berliner Polizei am Sonnabend, an den verkündeten Auflagen für die Veranstaltungen festzuhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62764942b480cc12bd65773f.jpg>

12:30 de.rt.com: **Vier Explosionen in Transnistrien: Behörden gehen von Drohnenangriffen aus**

Die Polizei der international nicht anerkannten Transnistrischen Moldawischen Republik hat am Samstag über vier Explosionen in der Nähe des Dorfes Woronkowo an der Grenze zur Ukraine berichtet. Nach Angaben des Innenministeriums habe es sich dabei um zwei Drohnenangriffe gehandelt. Die ersten zwei Sprengsätze seien um 21:40 Uhr Ortszeit in der Nähe eines früheren Flugplatzes abgeworfen worden. Eine Stunde später sei die Gegend erneut angegriffen worden. Es gebe keine Opfer.

Die Gegend um die Siedlung Woronkowo war erst am 5. Mai angegriffen worden. Damals warf eine Drohne zwei Sprengsätze ab. Es gab keine Verletzten.

Woronkowo befindet sich in der Nähe der ukrainischen Grenze. In der Nähe gibt es Waffen- und Munitionslager, die von der russischen Einsatzgruppe in Transnistrien bewacht werden. Nach mehreren Zwischenfällen in der vergangenen Woche haben die örtlichen Behörden die Terrorwarnstufe auf Rot angehoben. In der Region gelten verschärfte Sicherheitsvorkehrungen.

13:30 de.rt.com: **Kraftwerkbauer Rosatom fordert von Finnland Schadensersatz für geplatzten Auftrag**

Der russische Kraftwerkbauer Rosatom hat wegen eines infolge des Krieges in der Ukraine geplatzten Auftrags über das Kernkraftwerk Hanhikivi 1 Schadensersatz von Finnland gefordert. Demnach ist die Rosatom-Tochter Raos Project Oy davon überzeugt, dass es sich bei der Absage nicht um eine wirtschaftliche, sondern eher um eine "politisch motivierte" Absage der Finnen handele.

Rosatom sei allerdings weiter bereit, das Atomkraftwerk in Pyhäjoki, etwa 500 Kilometer nördlich von Helsinki, zu bauen. "In der Zwischenzeit haben wir keine Wahl, als uns zu verteidigen und Kompensation für diese ungesetzliche Vertragsauflösung zu verlangen", erklärte das Unternehmen am Freitag in einer Mitteilung.

Die Absage an den Kraftwerkbauer hatte der finnische Auftraggeber Fennovoima am Montag mit vermeintlich wachsenden Verzögerungen beim Hanhikivi-1-Projekt begründet. Der Krieg in der Ukraine habe die Risiken für das Projekt noch mal vergrößert, so Fennovoima.

Baubeginn des nach russischen Angaben sieben Milliarden Euro teuren Kernkraftwerks soll demnach Ende 2022 oder Anfang 2023 sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62763662b480cc2be908a502.jpg>

13:10 de.rt.com: **Syriens Botschafter in Russland ruft internationale Gemeinschaft zur Unterstützung der Donbass-Republiken auf**

Der syrische Botschafter in Russland, Riad Haddad, hat der russischen Nachrichtenagentur TASS am Samstag erklärt, sein Land sei bereit, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu unterstützen und ihnen unter anderem humanitäre Hilfe zu gewähren.

"Die Bevölkerung der Volksrepubliken wird seit über acht Jahren mit Angriffen, systemhaften Zerstörungen und der ungerechten Blockade seitens Nationalisten konfrontiert, die der Westen unterstützt."

Als Folge gebe es tausende Opfer und Vertriebene, fügte Haddad hinzu. Deswegen arbeite Syrien daran, die Republiken zu unterstützen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62763ccf48fbef4aad687dfe.jpg>

13:50 de.rt.com: **Cherson schließt jegliche Verhandlungen mit Kiew aus**

Der Vizevorsitzende der militärisch-zivilen Verwaltung des ukrainischen Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, hat der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärt, dass jegliche Verhandlungen mit der Regierung in Kiew ausgeschlossen seien. Die derzeitige ukrainische Regierung könne nichts anderes, als Menschen einzuschüchtern. Stremoussow zufolge seien in der Ukraine schon Strafsachen gegen Mitarbeiter der neuen Gebietsverwaltung angestrengt worden. Ihnen könnten nun lebenslange Haftstrafen drohen.

"Deswegen nützt es nichts, mit dieser Regierung zu sprechen, denn sie verkörpert nicht nur

ein faschistisches Regime, sondern eine terroristische Organisation."

Im Laufe der sogenannten Sonderoperation in der Ukraine hatte die russische Armee das an die Schwarzmeer-Halbinsel Krim grenzende Gebiet Cherson nach eigenen Angaben komplett unter eigene Kontrolle gebracht. Dort wurde die Ausstrahlung des russischen Fernsehens wiederhergestellt. Ende April kündigten die Behörden in Cherson an, den Rubel als Währung einzuführen. Demnächst sollte in der Stadt eine russische Bank öffnen. Stremoussow zufolge sollten Einwohner von Cherson das Recht auf russische Pässe bekommen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62764cb548fbef49703d1ad6.jpg>

14:10 de.rt.com: **Biden fordert Ende der täglichen Geheimdienst-Leaks an die Presse**

US-Präsident Joe Biden hat ein Ende der täglichen Briefings der Geheimdienste gegenüber der Presse bezüglich der Ukraine gefordert. Solche Leaks seien kontraproduktiv und lenkten vom Ziel ab, sagte der US-Präsident nach Informationen des US-Senders NBC News am Freitag bei einer gemeinsamen Telefonkonferenz mit CIA-Direktor William Burns, der Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes der USA, Avril Haines, und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin.

Zwar lobte Biden während des Gesprächs die gute Arbeit der Geheimdienste, betonte aber zugleich, dass die nahezu täglichen Enthüllungen in den Medien gestoppt werden sollten, berichtet der Sender unter Berufung auf zwei anonyme US-Regierungsbeamte. Eine Stellungnahme der Dienste liegt bis dato nicht vor.

Unter anderem hatte die New York Times vergangene Woche unter Berufung auf vermeintliche Geheimdienstinformationen berichtet, die USA hätten Kiew angeblich nachrichtendienstliche Daten zur Verfügung gestellt, die es dem ukrainischen Militär ermöglichten, zahlreiche russische Generäle zu töten – Behauptungen, die der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, John Kirby, daraufhin umgehend als unwahr zurückwies. Der ehemalige CIA-Offizier John Sipher ging sogar noch weiter und kommentierte den Bericht des New Yorker Traditionsblatts mit den Worten: "Gut. Haltet die Klappe."

Zuletzt hatten immer mehr ehemalige US-Geheimdienst- und Regierungsbeamte in den sozialen Medien die Regierung Biden dazu aufgefordert, nicht mehr mit der Presse über Geheimdienstangelegenheiten zu sprechen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627641d248fbef48b522da60.jpg>

14:30 de.rt.com: **Russische Ombudsfrau berichtet über Befreiung von elf zivilen Seeleuten aus ukrainischer Gefangenschaft**

Die russische Beauftragte für Menschenrechte, Tatjana Moskalkowa, hat [bekannt gegeben](#), dass elf russische Seeleute vom Schiff Awangard nach mehreren Wochen Gefangenschaft in der Ukraine nun nach Russland zurückgekehrt seien. Dies sei durch ein großes Engagement des russischen Außenministeriums und des russischen Verteidigungsministeriums möglich geworden.

Gleichzeitig beklagte die Ombudsfrau, dass die ukrainische Seite weiterhin 60 zivile Seeleute von sieben russischen Schiffen unrechtmäßig festhalte. Die Crews würden unter Druck gesetzt und von bewaffneten Menschen bewacht. Es sei ihnen verboten, an Land zu gehen. Moskalkowa forderte nach eigenen Angaben internationale Organisationen auf, sich für die Befreiung der Seeleute einzusetzen. Es sei unzulässig, Zivilisten als Geiseln zu nehmen. Der Frachter Awangard war noch am 1. Dezember 2021 in den Hafen der ukrainischen Stadt Ismail zwecks einer Reparatur eingelaufen. Nach dem Beginn der sogenannten Sonderoperation Russlands in der Ukraine wurde das Schiff und seine Besatzung vom ukrainischen Grenzschutz im Hafen blockiert.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/KuxzM3gNNf7UMVg5cfmhO3geheAjaP5hTyNNYSReB-0h2ZZZ64yR5-vWo3OuDI8op30zPZBw7M-YqQru0DklQJbz36T9Po3-ET8XNsHZZu2lMlwMoo4myQdZ2gBCZ5hfUIo6lO-l3wAqmt0wxHerZaBQmKxwqYoZZEhzKkrvp20KsyaVaz-iXtsX_0qV7FGqk3Y3ZlmNHv2qRB6hiaFzRONSNLbTU-g1xsukNF9Yijl4aFvEj7cwTsW4UICe4MXmJQ56DTB-u8y5Uv8J4Ri1WJdZ2HJJSIFu-S76Y36A9AMACqLElpV_k-P79TyXYnPWII9MJKWmK1VLw6heqUzauw.jpg

14:50 de.rt.com: **Britische Außenministerin fordert mehr Engagement der NATO – auch über Ukraine hinaus**

Großbritannien betont regelmäßig, den Westen in seiner Antwort auf die russische Offensive in der Ukraine anführen zu wollen. Die britische Außenministerin Liz Truss will jetzt allerdings noch einen Schritt weiter gehen und hat das westliche Bündnis dazu aufgerufen, sich künftig auch über die Ukraine hinaus gegen "Aggressionen von Autokraten" zur Wehr zu setzen.

"Wir sollten den Menschen helfen, sich gegen Aggression und bösartige Aktivitäten überall auf der Welt zu verteidigen, sei es auf dem westlichen Balkan, in Moldau oder Taiwan", schrieb Truss in einem Gastbeitrag in der Welt.

"Was in der Ukraine passiert, wird von Aggressoren und Autokraten genau beobachtet, und wir müssen sicherstellen, dass sie die richtige Botschaft erhalten: Wir werden niemals zögern, für Souveränität und Rechtsstaatlichkeit einzutreten", so die Außenministerin weiter. Die britische Regierung sei entschlossen, die Ukraine so lange zu unterstützen, bis deren Souveränität wiederhergestellt sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627648c0b480cc12bd65773b.jpg>

15:10 de.rt.com: **Gefährlicher Gegenstand in Berliner Büro von RIA Nowosti war Brandsatz**

Der am Freitag in einem in Berlin-Steglitz gelegenen Bürogebäude der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti gefundene gefährliche Gegenstand hat sich nach Angaben der Polizei als Brandsatz herausgestellt. Dieser habe jedoch nicht gezündet, teilte eine Polizeisprecherin am Samstag der Nachrichtenagentur dpa mit. Dieser sei noch am selben Tag von Kriminaltechnikern vernichtet worden, so die Sprecherin weiter. Verletzt wurde bei dem Einsatz demnach keiner.

Nach Angaben der Polizei sei allerdings noch unklar, ob es sich bei dem Zwischenfall um einen Anschlag handelte. "In dem Haus sind auch noch Büros von anderen Firmen. Der Hintergrund ist noch nicht bekannt, die Ermittlungen laufen", erklärte die Sprecherin. Ursprünglich war die Polizei wegen eines Flaschenwurfs auf das Gebäude gerufen worden. Der Gegenstand wurde daraufhin in einem Lichtschacht des Komplexes gefunden. Bei Telegram schrieb RIA Nowosti selbst von einem mit Drähten umwickelten Kanister. Zudem würde einer der Korrespondenten in dem Haus wohnen, ergänzte die Nachrichtenagentur. Ob der Zwischenfall in einem Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine steht, ist weiterhin nicht bekannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6276583848fbef4aad687e11.jpg>

16:25 (15:25) novorosinform.org: **Russland hat militärischen Einrichtungen in Odessa einen schweren Schlag versetzt**

Laut der Veröffentlichung „Readovka“ trafen russische Raketen ein Reparaturwerk für Militärflugzeuge auf dem Territorium des Flugplatzes „Schkolny“ in Odessa.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation haben im Rahmen einer Spezialoperation militärische Einrichtungen in Odessa angegriffen. Laut dem Telegram-Kanal [Readovka](#) wurde unter anderem ein Flugzeugreparaturwerk von russischen Raketen getroffen.

„Das Flugzeugreparaturwerk, das sich insbesondere mit der Reparatur und Wartung von Bayraktar-TV2-Drohnen befasste, wurde getroffen“, heißt es in dem Bericht.

Unterdessen drohten die Besatzungsbehörden in Odessa den Anwohnern mit Konsequenzen für die Veröffentlichung eines Videos über die Folgen von Angriffen auf militärische Ziele in der Region.



https://novorosinform.org/content/images/41/32/44132_720x405.jpg

16:02 de.rt.com: **Historischer Sieg: Sinn Féin liegt bei Wahl in Nordirland vorn**

Das Ergebnis der Wahlen in Nordirland gilt schon jetzt als historisch: Die irisch-republikanische Sinn Féin hat die unionistische DUP deutlich überholt und dürfte künftig zum ersten Mal den Regierungschef stellen. Eine Vereinigung mit Irland steht wieder auf der Tagesordnung.

Nach Angaben der BBC erhielt die irisch-republikanische Partei Sinn Féin nach der ersten Auszählungsrunde den höchsten Stimmanteil. Demnach liegt die Partei mit 29 Prozent der Stimmen weit vor der zweitstärksten Partei, der protestantisch-unionistischen Democratic Unionist Party (DUP), auf die 21,3 Prozent entfielen.

Damit kann die für die Vereinigung des derzeit britischen Nordirlands mit der Republik Irland eintretende Partei die Mehrheit der Sitze in der Northern Ireland Assembly erringen und erhält damit das Recht, den künftigen Regierungschef (First Minister) der mit Autonomierechten ausgestatteten Region zu benennen. Bislang hatten stets Politiker dieses Amt inne, die sich für die Beibehaltung der Union mit Großbritannien einsetzten.

Der erwartete Sinn-Féin-Triumph wäre ein symbolischer Wendepunkt in der Geschichte des vor gut 100 Jahren gegründeten britischen Landesteils. Sinn Féin galt einst als politischer Arm der IRA (Irish Republican Army), die mit Waffengewalt für eine Vereinigung der beiden Teile Irlands kämpfte.

Das Thema irische Einheit spielte im Wahlkampf aber nur eine untergeordnete Rolle. Sinn Féin konzentrierte sich stattdessen auf soziale Themen wie die steigenden Lebenshaltungskosten und Gesundheit. Sinn-Féin-Spitzenkandidatin Michelle O'Neill kündigte im Gespräch mit der Nachrichtenagentur dpa am Freitag an, sie wolle sich auch als künftige Regierungschefin vorwiegend diesen Themen widmen. Gleichzeitig rief sie zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte über die Einheit Irlands auf.

Damit die Vizepräsidentin der in beiden Teilen Irlands antretenden Partei das Amt der Regierungschefin übernehmen kann, ist jedoch die Zustimmung der größten protestantisch-unionistischen DUP erforderlich. Beide müssen eine Einheitsregierung bilden, so ist es im als Karfreitagsabkommen bekannten Friedensschluss der ehemaligen Bürgerkriegsregion von 1998 vorgesehen.

Die DUP machte jedoch deutlich, dass sie dazu nur bereit ist, wenn die Regierung in London die Abmachungen mit der EU über den Brexit-Sonderstatus der Provinz bricht. "Das Brexit-Abkommen und das Karfreitagsabkommen sind nicht miteinander vereinbar", sagte der einflussreiche nordirische DUP-Abgeordnete Edwin Poots der BBC am Samstag. Die Regierung von Premierminister Boris Johnson müsse sich entscheiden, ob sie die Vereinbarung mit der EU über den Friedensprozess in der Region stelle, so Poots weiter. Die DUP musste sich auf empfindliche Verluste bei der Wahl einstellen. Einerseits dürfte sie

Stimmen an die noch radikaler gegen das Nordirland-Protokoll eingestellte Traditional Unionist Voice (TUV) verlieren, andererseits machen wohl auch etliche frühere DUP-Wähler dieses Mal ihr Kreuz bei der Alliance Party. Die überkonfessionelle Partei will den Streit zwischen Befürwortern und Gegnern einer irischen Vereinigung hinter sich lassen und dürfte bei der Wahl stark abgeschnitten haben. Nach der ersten Auszählungsrunde lag die Alliance Party bei 13,5 Prozent, deutlich über dem Ergebnis der vorherigen Parlamentswahl.

Die 90 Abgeordneten des nordirischen Parlaments werden in 18 Fünfer-Wahlkreisen gewählt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62766fdb480cc1952045912.jpg>

17:08 (16:08) novorosinform.org: **Russische Truppen befreien Popasnaja**

Die 24. Brigade der Streitkräfte der Ukraine wurde besiegt, die Überreste der Kämpfer verließen die Stadt, schreibt Militärkorrespondent Wladlen Tatarskij.

Die Streitkräfte der Russischen Föderation und der LVR befreiten die Stadt Popasnaja, einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt, dessen Kontrolle die Möglichkeit eröffnet, die BFU-Gruppierung in Lisitschansk und Sewerodonezk einzukreisen.

Der Militärkorrespondent Wladlen Tatarskij gab die Eroberung der Stadt in seinem Telegram-Kanal bekannt. Ihm zufolge wurde die 24. Brigade, die die letzten Verteidigungslinien der Streitkräfte der Ukraine hielt, besiegt.

"Popasnaja ist unser. Die 24. mechanisierte Brigade wurde besiegt und zog sich aus der Stadt zurück", schrieb Tatarskij.



https://novorosinform.org/content/images/41/34/44134_720x405.jpg

16:20 de.rt.com: **Inflation in Estland steigt auf 18,8 Prozent**

Infolge der westlichen Sanktionen gegen Russland ist die Inflationsrate in Estland im Frühjahr auf 18,8 Prozent gestiegen. Das baltische Land verzeichnete im Euroraum somit den größten

Anstieg der Verbraucherpreise.

Am stärksten stiegen die Gaspreise: Bei diesen wurde eine Teuerungsrate von 237,2 Prozent verzeichnet. Die Strompreise stiegen in Estland um 119 Prozent. Für einen Liter Benzin zahlen die Estländer nun einen Aufschlag in Höhe von 32,5 Prozent und für Diesel stiegen die Preise gar um 48,6 Prozent.

Auch bei Lebensmitteln machen sich die Teuerungen in dem baltischen Land bemerkbar. Kartoffeln verteuerten sich beispielsweise um 134 Prozent, Pflanzenöl schlägt wiederum mit 57 Prozent zu Gute. Die Preise für Getreide und Nudeln erfuhren in Estland einen Anstieg um insgesamt 38 Prozent.

16:40 de.rt.com: **Blinken wirft Putin Versuch vor, "die Geschichte zu verdrehen"**

US-Außenminister Antony Blinken hat dem russischen Präsidenten Wladimir Putin vor dem Hintergrund der Gedenken zum Ende des Zweiten Weltkriegs Geschichtsrevisionismus vorgeworfen. "Präsident Putin versucht, die Geschichte zu verdrehen, um seinen unprovokierten und brutalen Krieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen", erklärte US-Außenminister Antony Blinken am Samstag.

Gegenüber der Gefallenen im Zweiten Weltkrieg gebe es nach den Worten des US-Außenministers ein "heilige Pflicht". Das bedeute, "die Wahrheit über die Vergangenheit zu sagen und all jene zu unterstützen, die in unserer Zeit für die Freiheit eintreten." Während der Krieg in Europa erneut wüte, so Blinken weiter, gelte es, die Entschlossenheit zu verstärken, denjenigen zu widerstehen, die jetzt versuchten, die historische Erinnerung zu manipulieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6276774148fbef48b522da90.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 7. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben in Kaltschika eine Basisstation in Betrieb genommen und die Notrufnummer 101 für die Abteilung des Zivilschutzministeriums der DVR in Wolnowacha eingerichtet.

In Ursuf und Tschermalyk wurden Postfilialen eröffnet.

In 18 Ortschaften wurden Renten ausgezahlt es wurden 573 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten angenommen.

Auf die Listen der Arbeitsämter wurden 351 Personen aufgenommen. 562 Personen haben

befristete Arbeitsverträge abgeschlossen.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Fast 3000 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 5 Hektar Territorium, 6000 Quadratmeter verschiedener Gebäude und 401 Objekte kontrolliert und 894 explosive Objekte entdeckt. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 14.600 humanitäre Pakete ausgegeben.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben die Pumpstation erster Ebene der Staro-Krymskaja-Filterstation in Betrieb genommen, es laufen organisatorische und technologische Arbeiten.

Nach Winogradnoje wurden 64 Flaschen Flüssiggas geliefert.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser geliefert und die Verteilung organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und Bedarfe der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirkabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die unten genannten Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:10 de.rt.com: **Özdemir verurteilt vermeintliche russische Attacken gegen Landwirtschaft in der Ukraine**

Bundesagrarminister Cem Özdemir (Grüne) hat die vermeintlichen Angriffe der russischen Streitkräfte gegen die Landwirtschaft in der Ukraine scharf verurteilt. Russlands Präsident Wladimir Putin bediene sich skrupellos an den Weizenreserven der Ukraine, behauptete Özdemir am Samstag vor Journalisten der dpa. Landwirte müssten Reserven zwangsweise zu lächerlichen Preisen verkaufen – oder "Putins Soldateska" nehme sich die Vorräte einfach, sagte der Grünen-Politiker. Für ein solches Vorgehen gebe es "im Rechtsstaat übrigens drei Wörter: Erpressung, Diebstahl und Raub", fügte er hinzu.

Demnach würden den Agrarminister beunruhigende Berichte aus dem Osten der Ukraine erreichen, die Putins imperialistische Pläne offenlegten. "In den besetzten Gebieten werden wirtschaftliche Strukturen offenbar zunehmend an russische Regelungen angepasst", erklärte er. Dabei müssten Landwirte Erklärungen über ihren Besitz abgeben und würden dazu aufgefordert, sich nach russischem Recht zu registrieren.

Putin lasse nach Ansicht Özdemirs gezielt Eisenbahnanlagen Richtung Westen bombardieren, um ukrainische Getreidelieferungen endgültig von den Weltmärkten abzuschneiden. Deshalb sehe der Bundesagrarminister es als internationale Gemeinschaftsaufgabe an, bei der Schaffung alternativer, leistungsfähiger Verkehrswege zu helfen: "Das Recht der Ukraine auf freien Zugang zu den Weltmärkten ist für mich genauso wenig verhandelbar wie ihre Souveränität." Beweise für seine Anschuldigungen lieferte der Grünen-Politiker allerdings nicht.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62765e8c48fbef381205a352.jpg>

Dan-news.info: Die Behörden der DVR führen auf dem befreiten Territorium eine **Inventarisierung von Denkmälern für Helden des Großen Vaterländischen Krieges** durch, berichtete der Kulturminister Michail Sheltjakow.

„Vor allem ist die Rede von Denkmälern für Soldaten, die in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges gefallen sind. In den Städten, unter anderem in Mariupol und Wolnowacha, werden wir diese Denkmäler finden, nach den Inventarnummern des Donezker heimatkundlichen Museums, sie wieder in Ordnung bringen und an den früheren Orten wieder aufstellen“, sagte der Minister.

abends:

19:16 (18:16:) novorosinform.org: **Truppen der DVR und der Ukraine tauschten die Leichen gefallener Soldaten aus**

Nach Angaben der Ombudsfrau der DVR fand heute die erste gegenseitige Überführung der Leichen gefallener Soldaten statt.

Am Samstag, dem 7. Mai, fand auf dem Territorium von Donbass die erste gegenseitige Überführung der Leichen getöteter Soldaten seit Beginn der Sonderoperation der russischen Truppen statt. Dies wurde Journalisten von der Kommissarin für Menschenrechte der DVR Daria Morosowa gemeldet.

Ihren Angaben zufolge waren die Behörden der DVR gezwungen, mehr als hundert Vertreter der BFU auf dem Territorium der Republik zu beerdigen, während die ukrainische Seite überlegte, ob sie dem Vorschlag zum Austausch der Leichen zustimmen sollte oder nicht.

„Ich hoffe, dass der Prozess der gegenseitigen Überführung von Leichen in Zukunft rechtzeitig und kontinuierlich durchgeführt wird“, sagte Morosowa.



https://novorosinform.org/content/images/41/38/44138_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 7.5.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **7 Ortschaften** der Republik. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden 6 Zivilisten verletzt. 17 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 27 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition für 152mm-Artilleriegeschütze 2S3 „Akazija“, 2 Schützenpanzerwagen und eine Feldmunitionslager vernichtet. Eine 152mm-Haubitze und 2 Schützenpanzer wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 8 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Im Zeitraum vom 28. bis 30. März befasste sich der stellvertretende Zugführer, der Kommandeur einer Einheit der 2. Sturmkompanie der Gardebrigade Volksmiliz „Sturm“ Gardeoberfeldwebel Stanislav Sergejewitsch Golos im Rahmen einer Sturmgruppe bei der Befreiung von Mariupol mit der Säuberung von Wohngebieten.

Bei den Kämpfen vernichtete er persönlich 2 Panzer, 6 Panzerfahrzeuge, mehr als zwei Abteilungen Nationalisten. Durch sein Beispiel begeisterte er, hatte das Personal der Sturmgruppe hinter sich und unterstützte die Einnahme von 6 großen Befestigungsanlagen des Gegners. Dank des Mutes und der sachkundigen Handlungen von Gardeoberfeldwebel S.S. Golos erfüllte die Einheit erfolgreich die gestellten Kampfaufgaben.

19:39 (18:39) novorosinform.org: **„Selenskijs Befehl wurde erfüllt“: Wereschtschuk gab**

den Abschluss der Evakuierung von Zivilisten aus Asowstal bekannt

Nach Angaben des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Ukraine wurden bereits alle Frauen, alten Menschen und Kinder, die sich in den unterirdischen Notunterkünften von Asowstal befanden, evakuiert.

Die ukrainische Seite gab den Abschluss der Evakuierung von Zivilisten aus den unterirdischen Bunkern des Azowstal-Werks in Mariupol bekannt.

„Der Befehl des Präsidenten wurde erfüllt: Alle Frauen, Kinder und älteren Menschen wurden aus Asowstal evakuiert“, schrieb die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Irina Wereschtschuk, in ihrem Telegram-Kanal.

Ihr zufolge betrachten die ukrainischen Behörden diesen Teil der humanitären Operation als abgeschlossen. In den Kommentaren unter Wereschtschuk Post fordern ukrainische Benutzer die Evakuierung der Kämpfer, die in den Asowstal-Katakomben zurückgeblieben sind.



https://novorosinform.org/content/images/41/39/44139_720x405.jpg

18:40 de.rt.com: Chodakowski: Verhandlungen zwischen russischem Militär und ukrainischen Nationalisten in Mariupol

Nach Aussage des Kommandeurs der Donezker Volksmiliz, Alexander Chodakowski, soll es zu Verhandlungen zwischen ukrainischen Nationalisten und dem russischen Militär in Mariupol gekommen sein. Auf dem Nachrichtenkanal Telegram schrieb Chodakowski: "Eine feindliche Gruppe mit einer weißen Fahne kam auf die Straße, die von der Brücke, auf der sie evakuierte Zivilisten in Empfang nahmen, tief ins Asowstal führte – russische Militärs kamen ihnen als Unterhändler entgegen."

Demnach handelt es sich um den ersten persönlichen Kontakt zwischen beiden Seiten während der Blockade von Mariupol.

19:20 de.rt.com: Russischer Parlamentschef Wolodin: Washington beteiligt sich unmittelbar an Militäraktion gegen Russland

Der russische Parlamentsvorsitzende Wjatscheslaw Wolodin bezichtigte die USA, sich unmittelbar am Krieg in der Ukraine zu beteiligen. Auf dem Nachrichtenkanal Telegram schrieb er:

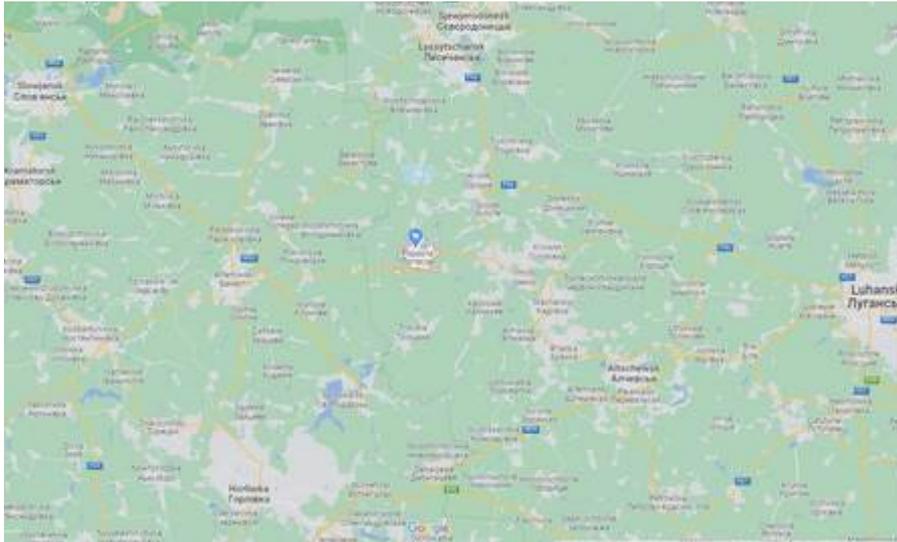
"Washington koordiniert und entwickelt wesentlich militärische Operationen und beteiligt sich damit unmittelbar an Militäraktionen gegen unser Land."

Wolodin ist Vorsitzender der Duma, des Unterhauses des russischen Parlaments. Die USA und ihre Verbündeten in der Militärallianz NATO unterstützen die Ukraine unter anderem mit Waffen, behaupten jedoch, keine Kriegspartei zu sein.

20:00 de.rt.com: Medienberichte: Stadt Popassnaja unter Kontrolle der russischen Streitkräfte

Laut übereinstimmenden Berichten mehrerer russischer Kriegsberichterstatter ist es Verbänden der Volksrepublik Lugansk und der russischen Armee am Samstag gelungen, die seit mehreren Wochen schwer umkämpfte Stadt Popassnaja vollständig einzunehmen. Berichterstatter vor Ort schrieben, dass die letzten verbliebenen Militärangehörigen der Ukraine sich bereits am frühen Morgen aus der Stadt zurückgezogen hätten. Derzeit kämten die Kräfte der Volksrepublik Lugansk Straßenzug für Straßenzug durch, man ist sich jedoch sicher, dass keine ukrainischen Soldaten mehr im Ort sind.

Die Stadt Popassnaja liegt direkt an der seit 2014 bestehenden Frontlinie und war von Ausbruch des Bürgerkrieges im Donbass an unter ukrainischer Kontrolle. Seit Beginn der Kampfhandlungen am 24. Februar war sie umkämpft, die russischen und prorussischen Verbände kamen hier nur sehr zäh voran.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6276a0b3b480cc19b961f316.P](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6276a0b3b480cc19b961f316.PNG)
[NG](#)